

Pratteln wertet Problemgebiete auf

Das Entwicklungsprogramm «Projet urbain» bringt das Längi-Quartier weiter

Von Robin Rickenbacher

Pratteln. «Früher hatte das Quartier Längi einen schlechten Ruf», sagt Gemeinderat Ruedi Brassel, als er durch die Strassen des Quartiers schlendert. «Es war heruntergekommen und verwahrlost.» Brassel spricht von der Zeit, bevor Pratteln ab 2008 am nationalen Programm «Projet urbain» teilnahm. Das Projekt wurde vom Bundesamt für Migration (BFM) mit dem Ziel, Quartiere aufzuwerten und gesellschaftliche Integration zu schaffen, ins Leben gerufen. Der Prattler Einwohnerrat steht geschlossen hinter dem Programm, BFM-Präsident Mario Gattiker fand lobende Worte. Vor rund zwei Jahren wurde das Engagement darum auf die Gebiete Rankacker/Gehrenacker und Aegelmatt/Stockmatt erweitert.

Nun steht Brassel an diesem warmen Mittwochnachmittag gemeinsam mit dem Projektleiter der Quartierentwicklung Marcel Schaub und dem Quartierkoordinator Nico Scholer vor dem Bahnhof Salina Raurica. Das Gemüt der drei ist etwa so sonnig wie das Wetter, während sie durch den dünnen Grüngürtel des Gebiets führen. Die Arbeit, die hier geleistet wurde, ist deutlich zu erkennen. Die Strassen wirken sauber, ein Bewegungspark wurde zwischen Büschen und Sträuchern aufgebaut. Wo früher eine alte Rutsche und einige Reckstangen standen und der sandige Boden als Hundeklo diente, befindet sich nun ein aufwendig gestalteter Spielplatz, der für Familien ein Ort der Begegnung geworden ist. Das Ansehen der drei Herren im Gebiet ist spürbar, jeder Passant grüsst höflich, Leute winken freundlich vom Balkon.

Bewohner dürfen mitgestalten

«Der Entwurf wurde mit den Kindern des Quartiers gezeichnet», erklärt Projektleiter Schaub mit einem Fingerzeig auf die buntartigen Kletterelemente des Spielplatzes. Damit hebt er einen der wichtigsten Punkte im Rahmen der Quartierentwicklung hervor: die Zusammenarbeit zwischen der Bevölkerung und der Verwaltung. «Zu Beginn



Spiel und Spass. Kinder aus der Längi toben sich auf dem neu gestalteten Spielplatz in der Längi aus. Fotos Pierre Stoffel



Konzentriert bei der Arbeit. Kinder aus dem Gebiet Rankacker/Gehrenacker begutachten das Modell des neuen Spielplatzes genau.

des Projekts haben wir die Bewohner der Längi zu Workshops eingeladen und ihre Wünsche und Ideen für ein schöneres Quartier gesammelt», sagt Schaub. So sei der Stein ins Rollen gekommen.

Quartierkoordinator Scholer ist in ständigem Austausch mit den Leuten, um die Stimmung in der Längi einzufangen. Interessierte Bewohner bildeten einen Quartierverein, der nach Anlaufschwierigkeiten nun selbstständig agiert. Quartierfeste, Musizierkurse und Kindertreffen wurden organisiert. Das Engagement der Menschen sei gross, versichert Schaub: «Alle ziehen am gleichen Strang.»

Trotz vieler Verbesserungen gibt es in der Längi noch einiges zu tun. Das wird deutlich, als der Rundgang etwas tiefer in die weitläufige Blocklandschaft hineinführt und die gettoartigen Zustände aufblitzen, die zuvor im ganzen Quartier herrschten. Einzelne Gebäudedefassaden sind verdreckt, die Eingangsbereiche karg und die Briefkästen schief und verschmiert. Zwischen den einzelnen Gebäuden sind grosse Flächen verwildert und ungepflegt. «Diese Parzellen gehören verschiedenen Liegenschaftsbesitzern», erklärt Brassel. «Es ist schwierig, von allen das Einverständnis einzuholen, die gemeinsame Umgebung umzugestalten.»

Nach der kleinen Tour zu Fuss geht es mit einem kleinen Bus ins nächste Problemquartier. Nach kurzer Fahrt hält der Bus im Gebiet Rankacker/Gehrenacker, wo die viel gelobte Arbeit in der Längi fortgesetzt werden soll. Auch hier soll ein Spielplatz entstehen, ein Hauseigentümer hat dafür 70 000 Franken bereitgestellt.

An einem kleinen Tischchen wird Kindern aus dem Quartier das Modell des Spielplatzes präsentiert. Schaub steht etwas abseits, spricht mit einer jungen Frau und erkundigt sich nach ihrer Familie. Der grösste Erfolg des Projekts ist für ihn die Zusammenarbeit: «Viele Menschen verschiedener Nationalitäten begegnen sich. Sie arbeiten eng zusammen und haben die Möglichkeit, gemeinsam mit der Verwaltung ihr Quartier neu zu gestalten.»

Rheinstrasse jetzt rückbauen

VCS zieht vor Kantonsgericht

Von Christian Horisberger

Liestal. Den Rückbau der Rheinstrasse bis 2022 vertagen? Das kommt für den VCS beider Basel nicht infrage. Er verlangt vom Kanton den unverzüglichen Beginn der Anpassung der Rheinstrasse zwischen Liestal und Pratteln (HPL) – wie dies im bewilligten Gesamtprojekt vorgesehen sei. Bei der Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD), welche den Rückbau erst für den Zeitraum von 2022 bis 2027 in Aussicht gestellt hat, ist der VCS mit seinem Anliegen aber abgeblitzt. Diese verweigerte dem Verkehrsclub eine anfechtbare Verfügung. Um den Rückbau nun doch durchzusetzen, gelangt er mit einer Beschwerde ans Kantonsgericht. Es sei eine Überprüfung anzuordnen, die klären soll, ob sich der Kanton mit dem Hinauszögern des Rückbaus «rechtswidrig verhält und den Volkswillen missachtet», teilt der VCS mit.

Für den VCS steht ausser Frage, dass dies der Fall ist. Die Reduktion der Rheinstrasse auf eine Spur pro Fahrtrichtung sei eine zwingende Bedingung für den Bau der HPL gewesen. So wenig wie ein privater Bauherr von einer Baubewilligung nur so weit Gebrauch machen könne, wie es ihm diene, könne der Kanton ihm missliebige Auflagen aus finanziellen Gründen jahrelang aufschieben, schreibt der VCS weiter. Die BUD hatte die Verschiebung des Rückbaus mit fehlendem Geld begründet. Dies aber lässt der Verkehrsclub nicht gelten: «Das Geld hätte längst zurückgestellt werden müssen.»

Als provisorische Sofortmassnahmen verlangt der VCS nun, dass die Rheinstrasse effektiv nur noch auf einer normal breiten Fahrspur befahren werden kann, «um den gebotenen Kapazitätsabbau sicherzustellen». Ausserdem fordert er die konsequente Markierung von Fussgängerstreifen.

Nachrichten

Christoph Hänggi soll Regierungsrat werden

Therwil. Die Ortssektion Therwil der SP Baselland hat beschlossen, der Kantonalpartei Christoph Hänggi als Regierungskandidaten vorzuschlagen. Hänggi gehört seit fünf Jahren dem Landrat an und habe sich dabei einen Namen als Bildungspolitiker gemacht. Er ist auch Vizepräsident der SP Baselland. Die Partei nominiert am 28. August 2014.

In Tramschienen geraten und schwer gestürzt

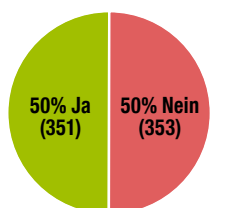
Allschwil. Bei einem Selbstunfall erlitt eine 36-jährige Velofahrerin schwere Kopfverletzungen. Die Frau war Richtung Basel unterwegs und geriet mit dem Vorderrad bei der Tramhaltestelle Kirche in die Tramschienen.

Einbrecher gestellt und verhaftet

Schönenbuch. Die Polizei fasste am Mittwoch gemeinsam mit der Grenz-wache um 00.40 Uhr einen mutmasslichen Einbrecher. Dieser war vermutlich zuvor in Einfamilienhäuser in Binningen und Schönenbuch eingebrochen. Mindestens ein weiterer Täter ist flüchtig.

Frage des Tages

Das Ergebnis der Frage von gestern: Braucht Basel die Durchmesserslinie?



Ist der Verzicht auf Behandlung vertretbar?

An einer CVP-Veranstaltung in Oberwil wurde das heikle Thema Sterbehilfe diskutiert (Seite 17). Ist für Sie der Verzicht auf eine lebensweiterführende Behandlung vertretbar? www.baz.ch

TNW-Geschäftsführerin geht

Nach nur einem halben Jahr nimmt Claudia Demel den Hut

Basel. Der Tarifverbund Nordwestschweiz (TNW) muss sich nach einem neuen Leiter oder einer Leiterin für seine Geschäftsstelle umschauen. Die Stelleninhaberin Claudia Demel hat ihren Job nach nur einem halben Jahr auf Ende Juli gekündigt. Persönliche Gründe hätten die Verkehrsökonomin zum Schritt bewogen, schreibt der TNW in einer knappen Mitteilung.

«Es gab keine klimatischen Störungen mit Frau Demel», versichert Andreas Flury, der designierte TNW-Präsident. «Ich habe sehr gerne mit ihr zusammengearbeitet und sie hat gute Arbeit geleistet.» Zu den Gründen für den Abgang der Geschäftsführerin machte Flury keine näheren Angaben, er hielt aber fest: «Wir wollen den TNW in eine neue Generation führen. Das

braucht viel Kraft.» Claudia Demel wollte sich persönlich nicht zu ihrem Abgang äussern.

Auf Anfang dieses Jahres wurde die TNW-Geschäftsstelle aus der BLT herausgelöst und verselbstständigt. Zur Leiterin ernannte man die 37-jährige Deutsche. Laut Flury bleibt Demel im Boot, bis sie ihre Dossiers an einen interimistischen Geschäftsführer übergeben hat. Flury will die Aufgaben vorübergehend auf Mandatsbasis extern erledigen lassen, er nennt dies «Management auf Zeit». Die definitive Nachfolge Demels, welche die Geschäftsstelle ohne weitere Mitarbeitende führte, hofft er bis Anfang nächsten Jahres regeln zu können. Die Rekrutierung – mit angepasstem Stellenprofil – werde in den kommenden Wochen gestartet. ch

Gleichstellung in Zahlen

Statistik Baselland untersuchte Lebenssituation von Mann und Frau

Liestal. Männer haben beruflich höhere Stellungen, sie verdienen weiterhin deutlich mehr und überlassen die Haus- und Familienarbeit mehrheitlich den Frauen. Zum 25-jährigen Bestehen der Fachstelle Gleichstellung für Frauen und Männer haben die Kantonsstatistiker Zahlenmaterial zu den unterschiedlichen Lebenssituationen von Mann und Frau zusammengetragen.

Daraus geht beispielsweise hervor: Die Frauen sind in der Überzahl. Aufgrund ihrer höheren Lebenserwartung (85 gegenüber 81 Jahren) stellen sie 51 Prozent der Baselländer Bevölkerung. Bei den über 80-Jährigen liegt der Frauenanteil gar bei 62 Prozent.

Eine bessere oder gleich gute Bildung bedeutet noch immer nicht ein gleiches Einkommen. Dies belegen folgende Werte: An den Gymnasien haben

die Frauen mit einem Anteil von 56,5 Prozent die Nase vorn, an Unis und Fachhochschulen ist das Verhältnis ausgeglichen. Dennoch haben Männer die besseren Jobs: 2013 waren 8,6 Prozent der erwerbstätigen Männer in Firmenleitungen tätig – doppelt so häufig wie Frauen. Grosse Differenzen auch bei den Löhnen: 5448 Franken betrug der monatliche Brutto-Medianlohn der Nordwestschweizer Frauen 2010, also 1133 Franken tiefer als jener der Männer.

Die Erwerbsquote glied sich in den vergangenen Jahrzehnten stark an: 1970 waren noch 93 Prozent der 15- bis 64-jährigen Männer und 45 Prozent der Frauen erwerbstätig, 2013 waren es 89 Prozent Männer und 78 Prozent Frauen. Rund die Hälfte der erwerbstätigen Frauen arbeitet Teilzeit, bei den Männern liegt der Wert bei 13 Prozent. ch

GPK: «Gemeinderat soll Gesetz einhalten»

Bottmingens GPK bestätigt BaZ-Recherche

Von Joël Hoffmann

Bottmingen. Am Mittwochabend fand in der Aula des Burggartenschulhauses in Bottmingen die erste Gemeindeversammlung statt, seit Recherchen der BaZ die heiklen Auftragsvergaben des Gemeinderates aufgedeckt haben. Traktandiert war der Bericht der GPK. Darin war auch die problematische Vergabe der Bauherrenvertretung für die Sanierung des Burggartenschulhauses ein Thema. Die GPK kommt zum Schluss, dass die Vergabe nicht dem Gesetz entsprechen hat: «Die GPK erwartet, dass die gesetzlichen Bestimmungen für das öffentliche Beschaffungswesen eingehalten und Aufträge nicht aufgeteilt werden, um das Gesetz zu umgehen.»

Erneut Gesetz umgangen

Die GPK wählte für ihren Bericht eine scharfe Formulierung: «Erneut muss die GPK feststellen, dass für die Auftragsvergabe Positionen verändert wurden, um die Vorschriften des Beschaffungsgesetzes umgehen zu können.» So sei die Honorarsumme für die Planung um die notwendigen Controllingarbeiten gekürzt worden, damit der Auftrag freihändig an Stokar+Partner vergeben werden konnte. Dafür, so die GPK, sei dieser Betrag in die Auftragssumme des Generalunternehmers eingerechnet worden. Und dieser sei zudem verpflichtet worden, das von ihm zu bezahlende Controllingverfahren durch Stokar+Partner ausführen zu lassen. Die Praktiken seien nicht nur gegen das Gesetz, sondern generell heikel: «Zudem ist es höchst fragwürdig, wenn die Controller von den zu kontrollierenden bezahlt werden. Der An-

schein der Befangenheit könnte leicht entstehen», schliesst der GPK-Bericht.

Nachdem der Bericht verlesen worden war, hätten sich die Anwesenden äussern können. Doch keiner der etwas mehr als 30 anwesenden Einwohner wollte das Wort ergreifen. Dies vielleicht, weil die GPK seit über zehn Jahren die häufigen Gesetzesbrüche des Gemeinderates kritisiert. Als GPK-Präsident Hanspeter Weibel traditions-gemäss den Bericht vorlas, gab sich der Gemeinderat unbeeindruckt.

GPK-Kritik sei Ansichtssache

Auch Gemeindepräsidentin Anne Merkofer äusserte sich nicht zur GPK-Kritik, sondern sieht sich und ihre Gemeinde als Opfer der BaZ, welche die problematischen Vergabepraktiken publik gemacht hat. Gemeinderätin Lucia Mikeler attestierte dem Journalisten eine «miese Kinderstube», die massive Kritik der GPK bewertete die Sozialdemokratin als «Ansichtssache». Ihre Kollegen reagierten auf die GPK-Kritik entweder mit Schweigen oder mit Achselzucken.

Zum Schluss verkündete Gemeindepräsidentin Merkofer, dass die Gemeinde beabsichtige, nicht mehr mit der BaZ zu sprechen – der Autor wurde bereits Anfang Mai auf die Liste unerwünschter Journalisten gesetzt. Die Begründung der Gemeindepräsidentin: «Unsere Angaben wurden willkürlich dargestellt, trotz umfassender Dokumentation.» Doch der BaZ hat Bottmingen trotz Öffentlichkeitsprinzip weder die zentralen Fragen beantwortet noch irgendwelche Dokumente ausgehändigt.

Übrigens: Die Rechnung 2013 weist ein Defizit von 1689 Franken aus.